

die gemeinsam über die Durchführung freier Wahlen und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland verhandeln sollten.

Auf der Vollversammlung der UNO in Paris im Dezember 1951 vertrat die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik den Standpunkt, daß die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands innere und ureigenste Angelegenheit des deutschen Volkes selbst sind. Die Tatsache, daß die Vertreter der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bonner Regierung vor der UNO auftraten, war nicht nur eine Anerkennung der Existenz beider Regierungen, sondern drückte auch die Erkenntnis aus, daß ohne eine Verständigung der Vertreter beider Staaten in Deutschland eine Wiedervereinigung nicht möglich ist. Am 13. Februar 1952 richtete die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein Schreiben an die vier Großmächte mit der Bitte um den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Nur die Sowjetregierung antwortete auf dieses Schreiben und unterbreitete am 10. März 1952 der Öffentlichkeit den Entwurf der „Grundlagen für einen Friedensvertrag mit Deutschland“.

Das Jahr 1952 brachte gleichzeitig eine Verschärfung des Adenauer'schen Kriegskurses in Westdeutschland. Am 26. Mai 1952 Unterzeichnete Adenauer in Bonn den Generalkriegsvertrag und einen Tag später in Paris den Vertrag über die sogenannte Europaarmee. Dies war für unsere Partei und Regierung Anlaß, den Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands zu verstärken. Das Ergebnis dieses Kampfes war, daß im September 1952 eine von der Volkskammer gewählte Delegation nach Bonn fuhr, um dort die Möglichkeiten für die Aufnahme gesamtdeutscher Beratungen zu erörtern. Die Bonner Machthaber lehnten jedoch jede Verständigung der Deutschen untereinander ab; denn sie haben auf Grund des von ihnen Unterzeichneten Generalvertrages die Entscheidung über alle Lebensfragen Deutschlands ausschließlich den Westmächten ausgeliefert.

Die Grundsätze der kontinuierlichen Politik unserer Partei und Regierung für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes wurden wiederholt der deutschen Öffentlichkeit unterbreitet und erneut in der bedeutsamen Regierungserklärung vom 25. November 1953 und im Memorandum der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 30. Januar 1954 zusammengefaßt.